geschickt wurde, das Geld zurückzahlen müssen, trotz der dürftigen Löhne, die sie erhalten.

— Ein schreckliches Ende der Jahrmarktsfreuden war der Ernst Schneiderschen Familie in Treugebühla bei Großenhain am Freitag beschieden. Während die Frau des Hauses sich mit der Bahn nach Elsterwerda zum Jahrmarkt begab, benutzen Vater und Sohn das Fahrrad zur Hin- und Rückfahrt. Auf dem Heimwege, nachmittags 1/2 5 Uhr, kam der Gutsbesitzer Ernst Schneider zum Stürzen und geriet mit dem Kopfe zwischen die Räder eines Kohlengeschirres. Das Hinterrad ging dem Bedauernswerten über den Kopf, sodaß der Tod auf der Stelle eintrat.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

— Die unerhörte Beschimpfung unseres Königs durch den päpstlichen Baron Mathies findet in der ganzen deutschen Presse einstimmige schärfste Verurteilung. Die Frankfurter Zeitung hatte an ein Zitat aus dem Pamphlet dieses Herrn Schlußfolgerungen über die Königstreue seiner katholischen Glaubensgenossen angefügt, die völlig verfehlt waren. Die Kölnische Volkszeitung wehrt sich denn auch dagegen und nimmt erfreulicherweise sofort Veranlassung, den päpstlichen Baron abzuschütteln, indem sie schreibt: „Wir wissen nicht, was die Frankfurter Zeitung mit der letzten Bemerkung sagen will. Will sie beziehungsweise ihr Mitarbeiter „aus katholischen Kreisen“ die Katholiken als wurmstichige Stützen des Thrones bezeichnen? Die deutschen Katholiken sind doch nicht gleichbedeutend mit dem Verfasser eines einzelnen Buches. Wir haben dieses noch nicht gelesen, aber wenn das angeführte Zitat richtig ist, und noch mehr, wenn das ganze Buch in in diesem Stile geschrieben sein sollte, so wäre es ganz selbstverständlich, daß wir es durchaus ablehnen müßten. Herr Dr. Matthies ist zwar von Hause aus Republikaner — als geborener Hamburger —, aber eine derartige Sprache, wie er sie hier gegen den König von Sachsen führt, ist unter allen Umständen ungehörig und in diesem Falle um so verletzender, als die deutschen, nicht nur die sächsischen Katholiken in dem König von Sachsen nicht nur einen echt deutschen Ehrenmann, sondern auch einen seiner Kirche treu ergebenen, ernsten Katholiken verehren.“

— Zum Geburtstag der Kaiserin, 22. Oktober, schreibt die Nordd. Allg. Ztg.: Es gehört zu den wohltuenden Gewißheiten im deutschen Volke, daß wir in der erhabenen Herrscherin stets ein leuchtendes Vorbild finden werden für die edle Aufgabe, stille Arbeit im Hause und in der Familie zum Heile des Vaterlandes zu pflegen, was Kaiser Wilhelm als das Ideal einer deutschen Frau empfindet. Unsere Kaiserin verkörpert dieses Ideal durch ihr Walten und Wirken zur dankbaren Freude der ganzen Nation. Auf das ruhige Glück im alten Berliner Schloß blickt der Preuße jederzeit mit der vertrauten Ehrfurcht, die ein schönes Erbteil von Geschlecht zu Geschlecht ausmacht. Aber Kaiserin Augusta Viktoria weiß im tiefen Verständnis ihrer Stellung als Fürstin auch nach außen hin auf hochherzige Weise eine reiche Liebestätigkeit zu entfalten, — in der Liebe, die nimmer aufhört. Im Sinne hilfreicher Menschenliebe zu wirken und anzueifern ist das Herzensbedürfnis der Herrscherin. Es gibt hier kaum ein Gebiet, dessen sich ihre Güte und Milde nicht mit Ausdauer und Einsicht angenommen hat.

— Den Geburtstag der Kaiserin nahm der Deutsche Kriegerbund zum Anlaß, an hilfsbedürftige Witwen verstorbener Kameraden 41 000 Mark Unterstützungen auszuzahlen.

— Es ist jetzt bekannt, daß der deutsche Kaiser der deutschen Abteilung der Weltausstellung in Brüssel inkognito einen Besuch abstatten wird. Von einem offiziellen Besuch der Ausstellung wurde Abstand genommen, weil die Zeit des Aufenthaltes zu kurz ist und weil man sich nicht darüber einigen konnte, welche Abteilungen und Länder der deutsche Kaiser besuchen sollte.

— Wie nunmehr feststeht, wird der russische Ministergehilfe Sasonow der bevorstehenden Begegnung des Kaisers mit dem Zaren in Potsdam als stellvertretender Minister des Aeußeren beiwohnen.

— Voraussichtlich wird das Zarenpaar Deutschland am 10., spätestens am 11. November verlassen, da die Zarenfamilie am 17. November in Petersburg sein will, an welchem Tage eines der höchsten russischen Nationalfeste gefeiert wird.

— Durch eine Kabinettsorder wird der Admiral v. Prittwitz-Gaffron, Chef der Marinestation der Ostsee in Genehmigung seines Abschiedsgesuches mit der gesetzlichen Pension zur Disposition gestellt. Er ist in Anerkennung seiner geleisteten Dienste à la suite des Seeoffizierkorps und in den Listen der Marine weiterzuführen. Vizeadmiral Schröder zur Verfügung des Chefs der Marinestation der Ostsee wird zum Chef dieser Station ernannt.

— Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung begründet nochmals ausführlich ihre scharfe Kritik an dem Wahlfondsaufruf des Hansabundes.

— Die Berliner „Morgenpost“ veröffentlicht einen interessanten Artikel, welcher geeignet ist, einiges Aufsehen zu erregen. Der Artikel knüpft an die Unzufriedenheit an, die in weiten Berliner Kreisen gegen die Berliner Stadtverwaltung besteht. Dieser Unzufriedenheit, die schließlich zur Gleichgültigkeit gegen die Selbstverwaltung führen könne, müsse bei der nächsten Oberbürgermeisterwahl durch Aufstellung eines Mannes von bedeutender Qualität Rechnung getragen werden. Berlins bisheriger Oberbürgermeister, Herr Kirschner, hat bereits erklärt, daß er eine auf ihn fallende Wiederwahl nicht annehmen werde. An seine Stelle schlägt als neuen Oberbürgermeister für Berlin die Berliner „Morgenpost“ niemand anderen als Bernhard Dernburg, den ehemaligen Staatsminister im Reichskolonialamt, vor, weil dieser der Berliner Bürgerschaft die allerpopulärste Erscheinung sei.

— Nach einer Mitteilung des Abg. Severing-Bielefeld, wird die sozialdemokratische Reichstagsfraktion Interpellationen einreichen wegen der Königsberger Kaiserrede und der Fleischteuerung.

— Zu dem vom Reichsboten aufgeworfenen Gedanken eines Reichsoberhauses äußert sich die Deutsche Tageszeitung und schreibt: „Ohne Zweifel würde ein deutsches Oberhaus von segensreichster Wirkung sein können. Es ist auch kein Zufall, daß fast alle und gerade die hervorragenden konstitutionellen Staaten, gleichviel ob Monarchien oder Republiken, eine Erste Kammer haben; in dieser Beziehung steht das Deutsche Reich tatsächlich in der Reihe von Verfassungsstaaten, die keinesfalls in die erste Reihe der Kulturländer gehören. Auch wir halten es deshalb für einen Fehler, daß bei der Gründung des Reiches eine Erste Kammer nicht eingeführt wurde. Der Reichsbote hat auch völlig recht, wenn er die Behauptung ablehnt, daß der Bundesrat gewissermaßen das deutsche Oberhaus repräsentiere. Der Bundesrat ist nichts anderes, als eine vielköpfige Regierung, als ein Staatenbund. Er hat von einer Ersten Kammer nicht das geringste an sich, da er niemals außerhalb der Regierung stehen kann, sondern selber die Reichsregierung darstellt.

— Wegen des Moabiter Aufruhrs ist bereits gegen 17 Personen Anklage vor der Strafkammer und gegen 9 Personen vor dem Schwurgericht erhoben. Voraussichtlich werden sich etwa 70 Personen vor der Strafkammer und etwa 20 vor dem Schwurgericht zu verantworten haben.

— Der polnische Reichstagsabgeordnete v. Czarlinski, der den Wahlkreis Wirsitz-Schubin-Znin vertritt, stellt wegen hohen Alters seine parlamentarische Tätigkeit ein. Czarlinski steht im 75. Lebensjahre.

— Der Niederrheinische Fabriksverband hat die Aussperrung der Zigarrenarbeiter beschlossen. Achtzehn Zigarrenfabriken in Nußloch haben sich dem Beschluß angeschlossen. Es werden über 4000 Arbeiter ausgesperrt. Die Veranlassung sind Lohndifferenzen.

Oesterreich-Ungarn.

— Großes Aufsehen erregt ein in der Reichspost veröffentlichter Artikel des österreichischen Konteradmirals i. P. Chiari: „Ein Wort an die Delegation, — Liquidierung unserer Flotte!“ Der Admiral geht darin von dem Vergleich der österreichischen mit der italienischen Flotte aus und kommt zu dem Entschluß, daß die erstere der letzteren gegenüber überhaupt nicht mehr in Betracht käme. „Besser gar keine Flotte, als eine solche! Wenn man für die Flotte nicht die nötigen Mittel bewilligen will, so möge man unsere Marine gleich liquidieren! Käufer würden sich genug dafür finden.“

Frankreich.

— Im Arsenal von Cherbourg sind wichtige Bestandteile von 300 Millimeter-Geschützen des Kreuzers Cassard, welche von bisher unbekannten Personen entwendet worden waren, im Schwimmdock von Tauchern aufgefunden worden. Man glaubt, daß es sich um einen Fall von Sabotage handelt. Die Gendarmerie in Firminy verhaftete einen Soldaten des 86. Infanterie-Regiments, welcher als Wachtposten beim Bahnhof aufgestellt war und dabei ertappt wurde, als er mehrere Telegraphen- und Telephonleitungen zerstörte. Bei Pontoise wurde eine aus drei Dynamitpatronen hergestellte Höllenmaschine auf der Verbindungslinie der Nord- und Westbahn unterhalb einer Schiene aufgefunden.

— Während des jüngsten Eisenbahnerausstandes war in Paris das Gesetz, bekannt unter dem Namen Verproviantierungsgesetz Lepine, welches 1896 in Kraft getreten war, zur Anwendung gelangt. Dieses Gesetz gestattet, in gewissen Fällen Waren anzukaufen, jedoch unter der Bedingung, daß die Käufe nicht für Rechnung von Spekulanten erfolgen. Gleich bei der ersten Drohung des Ausstandes wurden Inspekteure der Präfektur beauftragt, unter der Kontrolle eines geheimen Ausschusses große Warenvorräte aufstapeln zu lassen. So kam es, daß während des Ausstandes Paris immer genügend mit Lebensmitteln versehen war. Spezielle Wagen und Automobile führten jeden Morgen Milch, Gemüse und sonstige leicht verderblichen Waren nach Paris. Die ganze Maßregel hat sich in vorzüglichster Weise bewährt.

— In Paris explodierte eine Höllenmaschine auf dem Parterrebalkon des Hauses Quai d'Orsay Nr. 109, Ecke Marsfeld, das dem Deputierten Allasseur gehört. Durch die Explosion wurden einige Fensterscheiben und die Fenster eines dort stehendes Vogelbauers zertrümmert. Nennenswerter Schaden wurde nicht angerichtet. Verletzt wurde niemand. Die ersten Feststellungen lassen glauben, daß die Höllenmaschine von der Art ist, wie diejenge, die am Hause des Munizipalrates Massard explodierte. Dadurch, daß das Haus auf dem Quai d'Orsey von einem mit Efeu bewachsenen Gitter umgeben ist, konnte der Attentäter ungesehen zum Balkon gelangen. Die Wohnungsmieter waren im Augenblick der Explosion abwesend. Die Bombe war dem Oberinspektor der westlichen Staatsbahn, Herrn Barbe, zugedacht, der dort im 3. Stock wohnt. Die Bombe war jedoch auf den Balkon der Wohnung des Dr Poinert geworfen worden und explodierte, ohne großen Schaden anzurichten.

Großbritannien.

— Fürst Franz von Teck, ein Schwager des Königs von England, ist am Sonnabend gestorben.

— Sechs Schlachtschiffe von je 14 150 t Gehalt, die etwa 120 Millionen Mark gekostet haben und zwischen 1892 und 1894 gebaut wurden, sind für veraltet erklärt worden und werden aus der Liste der aktiven englischen Kriegsschiffe gestrichen. Sie sollen gelegentlich an Privatpersonen verkauft werden, die sich verpflichten, sie abzubrechen. Es sind dies die Schiffe der sogenannten Royal Sovereign-Klasse. Alle sind mit vier 13,5zölligen und zehn 5zölligen Geschützen bewaffnet und gehörten bisher der vierten Division der Heimatflotte in Devonport an.

Spanien.

— Dem Temps wird aus Madrid gemeldet, daß der gegenwärtige Stand der spanisch-marokkanischen Verhandlungen etwas günstiger erscheint. Es heißt, daß El Mokri im Prinzip die Berechtigung einer Kriegsentschädigung zulasse. Wegen der Höhe dieser Entschädigung werde von Marokko die Einsetzung eines Schiedsgerichts vorgeschlagen, das jedoch von Spanien abgelehnt werde. Offiziös wird bestätigt, daß die Ziffer von 130 Millionen nicht als endgültig anzusehen sei.

Portugal.

— Die Europamächte sind hinsichtlich der Anerkennung der portugiesischen Republik in Unterhandlungen eingetreten, bei denen naturgemäß England der Vorrang gewährt worden ist. Die Anerkennung dürfte nach der Konsolidierung der dortigen Verhältnisse erfolgen.

— Brasilien hat die portugiesische Republik anerkannt.

— Das Amtsblatt wird heute einen Erlaß veröffentlichen, der die vollständige Verweltlichung der Schulen anordnet. Eine Verfügung des Ministers weist den Staatsanwalt an, das Strafgesetzbuch gegen die Priester, die die neue Regierung und die Behörden angreifen, zur Anwendung zu bringen. — Blättermeldungen zufolge hat man in Cintra in den Gemächern der Königin Amelia zwei große Koffer mit verschiedenen Papieren aus dem Justizministerium gefunden.

— Das Amtsblatt der neuen Republik veröffentlicht Dekrete über die Abschaffung aller Ausnahmegesetze, u. a. des Anarchistengesetzes und des Gesetzes zur Unterdrückung der Preßfreiheit. Der Minister des Innern Almeida will, auf zahlreiche Republikaner gestützt, einige Verordnungen erlassen, welche gewissen Forderungen der sozialistischen Partei entsprechen. Die Prälaten haben sich sämtlich der Republik angeschlossen. Den Soldaten, die für die Revolution eingetreten sind, wird als Belohnung u. a. ein viermonatiger Heimatsurlaub unter Fortbezug des Soldes bewilligt werden. Truppenkontingente aus der Provinz werden die Urlauber ersetzen.

— Der portugiesische Finanzminister erklärte, die republikanische Regierung sei in der Lage, allen finanziellen Verpflichtungen des Landes nachzukommen. Der päpstliche Nuntius hat Lissabon verlassen.

— „Daily Chronicle“ erhielt auf direkte Anfrage, ob Portugal bereit sei, eventuell die eine oder andere seiner Kolonien aufzugeben, folgendes Telegramm aus Lissabon vom 21. Oktober: „In Erwiderung Ihrer Anfrage an den Präsidenten teile ich Ihnen ergebenst mit, daß die republikanische Regierung nicht die geringste Absicht hat, auch nur den kleinsten Teil des portugiesischen Kolonialbesitzes, den sie als einen integrierenden Bestandteil des ganzen Landes ansieht, aufzugeben.“

Türkei.

— Eine offiziöse Note besagt: Da die Türkei die von der französischen Regierung zum Schutze der Interessen Frankreichs gestellten Bedingungen abgelehnt hat, hat Minister Pichon Sonnabend abend den französischen Botschafter Bompard telegraphisch verständigt, daß die Verhandlungen abgebrochen sind. Mehrere mit dem Quai d'Orsay in Verbindung stehende Blätter fügen hinzu, der türkische Finanzminister solle die Absicht haben, sich an Finanziers Mitteleuropas zu wenden. Diese Eventualität werde von der französischen Regierung ohne jede Bitterkeit ins Auge gefaßt. Ueberdies wird betont, Frankreich müsse trotz des Abbruches der Anleiheverhandlungen nunmehr mit aller Entschiedenheit darauf bestehen, daß die Pforte die Stellung der in der Türkei lebenden Algerier und Tunesier den französischen Forderungen gemäß anerkenne.

— Gegenüber der Darstellung eines Teils der türkischen Presse über die Haltung der Pforte gegen das Kabinett Venizelos erklärt die Pforte in einem Zirkular an die türkischen Vertreter, daß sie gegen die Ernennung Venizelos zum griechischen Ministerpräsidenten nichts einzuwenden habe, obwohl er früher seine Agitation auf Kreta betrieb. Da Venizelos in der letzten Zeit eine besonnenere Haltung einnehme, werde die Pforte die Handlungen des neuen Kabinetts abwarten. Die Pforte habe die Beziehungen zu Griechenland nicht abgebrochen, sondern nur den Urlaub des türkischen Gesandten in Athen verlängert.

Griechenland.

— Venizelos stellte in der Deputiertenkammer nach lebhafter Diskussion die Vertrauensfrage. Da jedoch die Rhallisten und die Mavromichalisten den Saal verlassen hatten und nur 160 Deputierte anwesend waren, wurde die Sitzung wegen Beschlußunfähigkeit aufgehoben. Nach der Sitzung erklärte Venizelos seinen Freunden, er sehe in diesem Ausgang einen Mangel an Vertrauen und habe die Absicht, zurückzutreten.

Siam.

— König Chulalongkorn ist nach kurzer Krankheit in Bangkok gestorben. Als Todesursache des Königs wird Urämie angegeben. — Der Kronprinz ist zum Könige proklamiert worden.

Persien.

— In Londoner politischen Kreisen sieht man der Antwortnote Persiens auf die letzte britische Note mit Spannung entgegen, denn man erwartet, daß sie einen ziemlich scharfen Charakter haben wird und vielleicht zu neuen Schwierigkeiten Anlaß geben dürfte, was natürlich den Herren Briten höchst angenehm wäre. Dabei fahren die Blätter fort, gegen Deutschland zu hetzen, und einige Zeitungen entblöden sich sogar nicht, zu behaupten, daß, wenn die Antwortnote Persiens nicht den englischen Wünschen entsprechend ausfallen sollte, Deutschland und die beiden Mächte daran die Schuld haben würden, die nach Auffassung der englischen Presse nur die Handlanger der Wilhelmstraße sind, nämlich Oesterreich-Ungarn und die Türkei. Ganz besonders befürchtet man, daß die Pforte künftighin in bezug auf Persien den beiden Vertragsmächten Schwierigkeiten bereiten werde, da verschiedene Anzeichen darauf hinweisen, daß die Türkei von jetzt an in Persien eine große Rolle zu spielen gedenke. Telegramme der Daily Mail aus Kaswin besagen, daß die Dorfbewohner in den Distrikten von Rescht und Kaswin allgemein den Wunsch hätten, den abgesetzten Schah wieder auf den Thron zu berufen. Diese Stimmung wird vorzugsweise durch die unter dem neuen Regime stetig steigenden Steuern genährt; außerdem befürchtet die Bevölkerung, daß Armenier und andere Ausländer in das persische Parlament hineingelangen könnten.